

Evaluierung der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Wien

Bericht Starterhebung

Im Auftrag von
Verein Lokale Agenda 21 in Wien
Wien, November 2005

Michael Ornetzeder
Judith Feichtinger
Katharina Handler
Sabine Westphal



*Quod omnes tangit de omnibus approbetur –
Was alle betrifft, soll von allen gebilligt werden
(Grundsatz des römischen Rechts)*

Impressum

Zentrum für Soziale Innovation
Linke Wienzeile 246
1150 Wien
www.zsi.at

Inhalt

1	Einleitung.....	2
1.1	Hintergrund.....	2
1.2	Das Wiener LA21 Modell.....	3
1.3	Ziele und Evaluationsfragen.....	4
1.4	Konzeptioneller Rahmen.....	5
1.5	Evaluationsdesign und Forschungsmethodik.....	6
2	Die Starterhebung.....	9
2.1	Arbeitsschritte im Rahmen der Starterhebung.....	9
2.2	Evaluationsworkshop.....	10
2.3	Ergebnisse der Starterhebung.....	11
2.3.1	Fokus 1.....	11
	Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil?.....	11
	Was liegt in der Handlungskompetenz der LA21?.....	11
	Welche Themen werden im Prozess realisiert und/oder mitgedacht (Umwelt, Soziales, Ökonomie)?.....	12
	Nicht zustande gekommene oder abgebrochene Projekte.....	12
	Themenauswahl und -entwicklung.....	12
	Wie kommt es zu Entscheidungen (bezogen auf Agendagruppen)?.....	13
	Wer nimmt Einfluss auf den Projektverlauf?.....	13
	Wie werden Lernprozesse bei BürgerInnen, PolitikerInnen und MagistratsbeamtInnen erfasst?.....	14
2.3.2	Fokus 2.....	14
	Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns.....	14
	Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie?.....	14
	Welche Maßnahmen und Methoden zur Erreichung und Beteiligung wurden gesetzt?.....	15
	Welche Begleitangebote und/oder Maßnahmen wurden gemacht und wie/warum/von welchen Gruppen wurden sie angenommen bzw. nicht angenommen? Welche fehlen?.....	15
	„Haltungen“ der PolitikerInnen zum Thema Beteiligung im LA21-Prozess.....	16
2.3.3	Fokus 3.....	16
	Eignung der Organisationsstrukturen innerhalb des LA21-Prozesses.....	16
	Kooperation und Kommunikation zu Gremien außerhalb des Prozesses.....	17
	Ressourcenausstattung in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells.....	18
3	Schlussfolgerungen.....	18
3.1	Anbindung der Agendagruppen an die Bezirkspolitik.....	19
3.2	Institutionelle Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen.....	19
3.3	Unterstützung der Kommunikationsinfrastruktur.....	20
3.4	Entwicklung einer längerfristigen Perspektive und Aufzeigen „versteckter“ Leistungen	20
4	Literatur.....	22

EINLEITUNG

Mit der Evaluierung der Lokalen Agenda 21 (LA21) in Wien wurde das Zentrum für Soziale Innovation (ZSI) und das Institut SORA (Social Research and Analysis) im Herbst 2004 beauftragt. Die Evaluation wird von Oktober 2004 bis Frühjahr 2007 laufen und den Prozess begleiten und mit Reflexionswissen unterstützen. Der vorliegende Bericht umfasst die Ergebnisse der ersten Erhebungsphase (Startphase), die von Oktober 2004 bis November 2005 durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse basieren auf einer Reihe von schriftlichen Dokumenten (v.a. Jahresberichte der Projektträger, Leitfäden etc), auf den Ergebnissen von mehr als 60 qualitativen Interviews, einer standardisierten Telefonumfrage bei 509 BewohnerInnen der evaluierten Agendabezirke sowie auf mehreren Workshops mit VertreterInnen verschiedener Organisationseinheiten des Wiener Agendaprozesses.

Für die Zeit, das Interesse und die Offenheit bei den dafür geführten Gesprächen möchten wir uns an dieser Stelle bei allen herzlich bedanken.

1.1 Hintergrund

Im Jahr 1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung statt. Delegierte aus 179 Ländern erarbeiteten damals auf Basis des Brundtlandberichts ein umfangreiches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme: Die so genannte AGENDA 21. Zur Bewältigung globaler Fragen – das wurde in der Agenda 21 ganz klar benannt – müssen alle Ebenen der Politik mobilisiert werden. Aus diesem Grund kommt auch den Kommunen eine ganz besondere Bedeutung zu: In Kapitel 28 der Agenda 21 werden Politik und Verwaltung aufgefordert, mit BürgerInnen, lokalen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog zu treten, um gemeinsam eine kommunale AGENDA 21 zu beschließen und so einen Konsens über zukünftige Strategien und Maßnahmen zu erzielen.

Im Jahr 1994 wurde im Rahmen der 'Ersten Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden' in der Dänischen Stadt Aalborg ein umfassender Aktionsplan – die sogenannte 'Charta von Aalborg' – verabschiedet. Die darin formulierten Richtlinien wurden für viele Europäische Kommunen zum Leitbild bei der Erstellung einer eigenen 'lokalen Agenda' für das 21. Jahrhundert. Mit der Unterzeichnung der 'Charta von Aalborg' durch den Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Jahr 1996 bekannte sich auch Wien zu den Vorgaben einer nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Einbeziehung der BürgerInnen in diesen Prozess.

Im Herbst 1998 wurde auf Initiative der Bezirksvorstehung und der Volkshochschule WienNordWest im 9. Bezirk ein LA21 Pilotprojekt gestartet. Im Rahmen dieses vielbeachteten Pilotprojekts wurde in den letzten Jahren eine differenzierte Organisationsstruktur aufgebaut, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Magistraten, der Bezirksvertretung, BürgerInnen und lokalen Organisationen ermöglichte. Neben dieser Bildungs- und Vernetzungsarbeit wurden im Zuge des Agendaprozesses auch eine Vielzahl konkreter Projekte umgesetzt.

Im Jahr 2002 wurde im Wiener Gemeinderat ein Modell beschlossen, das vorsieht, dass Bezirke die einen LA 21 Prozeß starten, in den ersten vier Jahren mit 50% der Kosten unterstützt werden. 2003 starteten die Bezirke 5, 7, 15, 22, 2004 der 23. und 2005 der 3. und 4. Bezirk mit eigenen LA21 Prozessen. Die landesweiten Aktivitäten werden vom Verein Lokale Agenda 21 Wien koordiniert. Unterstützt wird der Verein bei dieser Aufgabe durch einen Beirat – bestehend aus ExpertInnen von Universitäten, der Verwaltung und den am

Prozess beteiligten BezirksvorsteherInnen – sowie durch ein LA21 Team im Wiener Magistrat.

1.2 Das Wiener LA21 Modell

Das Organisationsmodell des Wiener LA21 Modells besteht aus folgenden Elementen:

- Der Verein „Lokale Agenda 21 in Wien“ ist organisatorische Basis und Koordinationsstelle für die bezirksbezogenen LA21 Prozesse.
- Der Vorstand ist das Entscheidungsorgan des Vereins. Vorsitzender ist der Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr, die weiteren Mitglieder sind GemeinderätInnen aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien nach deren Stärkeverhältnis.
- Für die operativen Aufgaben des Vereins ist die Geschäftsstelle zuständig. Ihre zentralen Aufgaben sind Koordinations- und Managementtätigkeiten sowie Informationsarbeit.
- Der Beirat formuliert Empfehlungen und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Vorstand im Bezug auf die Prozessgestaltung und auch für die Auswahl der Agendabezirke und der Agendabüros. Er setzt sich aus WissenschaftlerInnen, ExpertInnen der Stadtverwaltung und BezirksvorsteherInnen jener Bezirke, in denen Lokale Agenda 21 Prozesse laufen, zusammen.
- Das LA21 Team Magistrat ist ein dienststellenübergreifendes informelles Gremium mit etwa 25 VertreterInnen. Das Team ist als Informationsdrehscheibe zwischen Stadtverwaltung und Lokalen Agenda 21 Prozessen konzipiert und soll die LA21 Prozesse und die Umsetzung von Projekten in den Bezirken mit fachlicher Expertise unterstützen und Themen der LA21 Prozesse, die von gesamtstädtischer Relevanz sind, aufgreifen.
- Im Rahmen der ein Mal pro Jahr veranstalteten LA21 Plattform besteht für Mitglieder der LA21 Gremien (d.h. Steuerteam, Beirat, Vorstand, LA21 Team Magistrat, Agendabüros und Geschäftsstelle) die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Lokale Agenda 21 in Wien.
- In den einzelnen Agendabezirken wurden zur Umsetzung der LA21 die folgenden Strukturen aufgebaut:
 - Die Bezirksvertretung fasst den Beschluss zur Durchführung eines Lokalen Agenda 21 Prozesses und zur Finanzierung von der Hälfte der Prozesskosten. Zudem sorgt sie in vielen Fällen für die Umsetzung von Projekten aus Agendagruppen.
 - Pro Bezirk wird ein Steuerungsteam als Lenkungsgremium eingerichtet. Es setzt sich aus BezirkspolitikerInnen, VertreterInnen der Agendagruppen, dem Agendabüro des Bezirkes und dem Verein Lokale Agenda 21 zusammen. Im Steuerungsteam wird die Strategie auf Bezirksebene entwickelt, auch die Aufnahme neuer Agendagruppen wird hier diskutiert.
 - Agendagruppen, Arbeitskreise, Diskussionsforen: Die im Prozess aktiven BürgerInnen arbeiten in unterschiedlichen Formen zusammen. Dies gewährleistet, dass sie ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechend, mitarbeiten können. Die häufigste Organisationsform sind Projektgruppen.
 - Agendabüros: In den Agendabezirken sind verschiedene Organisationen vom Verein Lokale Agenda 21 damit beauftragt, den LA21 Prozess zu gestalten und zu managen. Die Auswahl dieser Trägerorganisationen erfolgte mittels öffentlicher Ausschreibung.

1.3 Ziele und Evaluationsfragen

Die Evaluierung des Wiener LA21 Prozesses steht vor einer zweifachen Herausforderung: Zum einen sollen die Arbeiten des Evaluationsteams den laufenden Agendaprozess so weit wie möglich unterstützen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Designs, der verschiedenen Organisationseinheiten und angewandten Methoden leisten. Zum anderen werden auch summative, also bewertend-bilanzierende Ergebnisse eingefordert, die nicht zuletzt der zukünftigen strategischen Ausrichtung sowie der Legitimation der LA21 in Wien dienen sollen. Grundsätzlich soll die Evaluierung auf folgende Zielsetzungen ausgerichtet werden:

- Auslotung von Verbesserungsmöglichkeiten der Lokalen Agenda 21 in Wien (bezogen auf die Umsetzung der LA21 in den Bezirken und auf das gesamtstädtische Organisationsmodell)
- Unterstützung von Lernprozessen bei den an der Lokalen Agenda 21 beteiligten AkteurInnen
- Überprüfung der Wirksamkeit der LA21 vor dem Hintergrund der Grundsätze *Nachhaltige Stadtentwicklung auf Bezirksebene, intensive Beteiligung der BürgerInnen, langfristige Prozesse, neue Beziehung zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen*
- Unterstützung der Theoriebildung zur Umsetzung von LA21 Prozessen („Lessons Learned“)

Auf Basis dieser Zielsetzung wurde bereits in der Vorbereitungsphase der Evaluierung in Workshops mit allen AkteurInnen ein umfangreicher Fragenkatalog erstellt. Die verschiedenen Fragen wurden zu drei Hauptgruppen zusammengefasst. Diese lauten:

Fokus 1: Evaluierung des Beitrages der LA21 Prozesse zur Nachhaltigen Entwicklung im Bezirk

Der erste Fokus konzentriert sich auf die angestrebten Ergebnisse der LA21 Prozesse in den Wiener Bezirken. Ergebnisse sind auf drei Ebenen zu erwarten: auf Konzept- und Projektebene sowie im Bereich der politischen Bildung. Folgende Fragen stehen hier zur Diskussion:

- Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil? (Partizipation)
- Wie werden die drei Themenschwerpunkte (Umwelt, Soziales, Ökonomie) im Prozess realisiert und/oder mitgedacht?
- Wie kommt es zu Entscheidungen? Welche Themen werden in den LA21 Prozess aufgenommen, welche nicht?
- Welchen Einfluss hat (die Position des)/der InitiatorIn eines Projektes auf den Projektverlauf?

Fokus 2: Gezielte Förderung des Selbstorganisationspotenzials der AkteurInnen im Bezirk

Mit dem zweiten Evaluierungsfokus wird die Aufmerksamkeit auf den Prozess und die Beteiligung verschiedener AkteurInnen gelenkt. Ausgangsbasis ist die Beschreibung und Analyse der verschiedenen Prozessdesigns. Im Zentrum steht dabei das Selbstorganisationspotenzial der AkteurInnen und damit auch die Frage, in welchem Ausmaß dieses Potenzial durch die Arbeit der Trägerorganisationen (unter Mitwirkung des Wienweiten Trägervereins und des Beirats) gefördert wird. Somit geht es an dieser Stelle letztlich auch um die Abschätzung und Verbesserung der Stabilisierungschancen der Agendaprozesse. Folgende Fragen sind hier von Relevanz:

- Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns (Aktivierung, Begleitung, Öffentlichkeitsarbeit)
- Welche Maßnahmen zur Aktivierung wurden gesetzt? Wie wirken Sie auf wen und welche Bedingungsfaktoren zeigen sich? Warum wurden diese Maßnahmen gesetzt? An wen sind sie adressiert?
- Welche Begleitangebote/-maßnahmen wurden gemacht und wie/warum wurden sie angenommen/nicht angenommen? Welche fehlen?
- Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie? (Bekanntheit und Rezeption LA21)

Fokus 3: Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen in Hinblick auf die Fokuse 1 und 2

Der dritte Fokus der Evaluierung zielt auf die Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen in den sechs Agendabezirken. Soweit dies für die Beantwortung der in Fokus 1 und 2 genannten Fragen notwendig erachtet wird, soll diese Analyse auch auf das Wiener Gesamtmodell ausgedehnt werden. Folgende Arbeitsschritte sind dazu geplant:

- Zusammenwirken (Synergien, Parallelitäten, Kommunikation, Kooperation) der Elemente des LA21 Organisationsmodells
- Analyse „nicht beteiligter Stellen“, die für den Prozess aber relevant wären
- Analyse der Ressourcenausstattung, auch in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells

Die drei Evaluationsfokuse und die damit verknüpften Fragen bilden die Grundlage des vorliegenden Zwischenberichts. Im Rahmen des Startworkshops mit allen relevanten AkteurInnen wurden diese Fragen allerdings ein weiteres Mal diskutiert, konkretisiert und weiterentwickelt und von den TeilnehmerInnen hinsichtlich ihrer Wichtigkeit bewertet (siehe dazu Kapitel 2.2).

1.4 Konzeptioneller Rahmen

Das hier verwendete Evaluationsdesign basiert auf dem Konzept der partizipativen Evaluation. Evaluation ist dabei als interaktiver Prozess zu verstehen, der durch das Einbeziehen unterschiedlicher Perspektiven andere Urteile zu Wort kommen lässt, integriert und Bewertungsmonopole öffnet.

Dies ermöglicht eine umfassende Analyse des gesamten Interventionskontextes. Evaluation ist somit ein sozialer Prozess und wird zum Anstoß für vertiefte Reflexion. Daten werden nicht aus einer externen Perspektive erfasst.

Die partizipative Evaluation sollte damit beginnen, dass die verschiedenen Interessengruppen identifiziert werden und gleichberechtigt ihre Sichtweisen zur Beantwortung der Evaluationsfrage in den Prozess einbringen können. Interessengruppen

sind all jene, die ein bestimmtes Interesse an der Evaluation haben, an einem der Lokalen Agenda 21 Prozesse beteiligt oder auch von ihm ausgeschlossen sind. Sie alle haben unterschiedliche Perspektiven und verschiedene Fragestellungen an die Evaluation, die berücksichtigt werden müssen. Das wesentliche Augenmerk der partizipativen Evaluation liegt daher auf der Einbeziehung möglichst aller relevanter Interessengruppen. Sind diese identifiziert und haben sie ihre unterschiedlichen Perspektiven eingebracht, beginnen die ersten Aushandlungsprozesse. In dieser Evaluationsphase werden vorliegende Fragestellungen diskutiert und Zielkriterien festgelegt (siehe Evaluationsworkshop 1). Im weiteren Verlauf werden qualitative und quantitative Daten erhoben. Wichtig ist hierbei, dass die gezogenen Schlüsse regelmäßig in den Verhandlungsprozess mit allen Interessensgruppen eingebracht werden (siehe Resonanzgruppe). Die Erhebung von Daten wird nicht im traditionellen wissenschaftlichen Sinn als unabhängiger Prozess betrachtet, es werden zusätzlich auch die verschiedenen Auffassungen und Ansichten zur Zielsetzung der Evaluation in Frage gestellt. Neue Fragen können aufgebracht werden, die Evaluation setzt sich Friktionen und Abweichungen aus. Die Aushandlung von Interessen, und die Interpretation von Daten mit den verschiedenen InteressensvertreterInnen soll regelmäßig wiederholt werden. Partizipative Evaluation stellt damit die Zielsetzung praktischer Relevanz sicher (Ulrich und Wenzel 2003).

Die Evaluation resultiert nicht in einem „objektiven“ Bericht, sondern in einer gemeinsamen („sozialen“) Konstruktion, die aus einem demokratischen Verhandlungsprozess divergierender Interessen und Auffassungen entstanden ist. Wichtig hierbei ist die Betonung der prozeduralen Elemente der Evaluation (Ulrich und Wenzel 2003).

Die Evaluation wird ein sozialer Prozess und ein Impetus für tiefgründige Reflexion. Greenwood und Levin (1998: 239) führen an, dass partizipative Evaluation darauf abzielt, einen lernenden Prozess für die Betroffenen des Programms aufzubauen. Die Ergebnisse des Prozesses sollen das Erreichen der Projektziele unterstützen. So gesehen liegt der Fokus der Evaluation bei der Auswirkung oder dem Prozess des Programms. Es handelt sich um eine *formative* Evaluation, die den Wert eines Programms beurteilt, während die Aktivitäten des Programms stattfinden. *Summative* Elemente, die den Wert eines Programms am Ende der Aktivitäten beurteilen, sind zweitrangig.

Mit diesen Ausführungen wird klar, dass partizipative Ansätze in der ontologischen Position des Sozialkonstruktivismus wurzeln, eine Position, die behauptet, dass soziale Strukturen und deren Bedeutung kontinuierlich von den sozialen AkteurInnen konstruiert wird (Bryman 2001). Aus diesem Grund ist der/die EvaluatorIn eher ein Mitglied des Teams gemeinsam mit den InteressensvertreterInnen, als ein/e externe/r Experte/in. Patton sieht partizipative Evaluation als gemeinschaftliche Zusammenarbeit, die einen häufig kritisierten Aspekt von Evaluation vermeidet: „Eine negative Assoziation zur Evaluation ist häufig, dass die Betroffenen evaluiert werden, und sie die Evaluation nur passiv mitverfolgen können. Im Gegensatz dazu ist partizipative Evaluation ein Prozess, der von den Stakeholdern oder der Gemeinschaft kontrolliert wird. Die Evaluation wird als formaler und reflektierender Prozess gesehen, der der eigenen Entwicklung und dem eigenem Empowerment dienen soll“ (Patton 1990: 129). Im besten Fall wird eine Atmosphäre geschaffen, in der die beteiligten Personen über das Programm und die erreichten Ergebnisse lernen wollen und Verantwortung (*ownership*) bezüglich der Evaluation und des Programms übernehmen.

1.5 Evaluationsdesign und Forschungsmethodik

Der Zeitrahmen der Evaluation deckt sich mit der ersten Phase der LA21-Prozesse in den Bezirken 5, 7, 9, 15, 22 und 23 (2004 bis Frühjahr 2007). Die empirische Arbeit findet in drei aufeinander folgenden Phasen statt: (1) die Starterhebung, beinhaltet etwa 50 qualitative Interviews mit allen involvierten Personen in verschiedenen Ebenen und Funktionen und dauert von Oktober 2004 bis Mai 2005. Die zweite Phase (2) umfasst sechs Fallstudien in den Bezirken und findet von Oktober 2005 bis Sommer 2006 statt. Die Abschlusserhebung (3) ist ähnlich der ersten Phase aufgebaut (rund 50 qualitative Interviews) und ist für Herbst

2006 bis Frühjahr 2007 geplant. Start- und Abschlusserhebung sollen miteinander verglichen werden, um *lessons-learned* für die Weiterentwicklung des Wiener Modells zu erarbeiten. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die geplanten und zum Teil bereits durchgeführten Arbeitsschritte:

Starterhebung		2004	2005	2006	2007
1	kick-off meeting	■			
2	Explorative Interviews mit den Agendabüros in den Bezirken	■			
3	Dokumentenanalyse	■	■		
4	Evaluationsworkshop 1		■		
5	Qualitative Interviews mit wesentlichen AkteurInnen		■		
6	Interviews mit aktiven BürgerInnen		■		
7	Standardisierte Telefonumfrage (n=500)		■		
8	Präsentation und Diskussion in der Resonanzgruppe		P		
9	Präsentation in der Großgruppe		P		

Fallstudie in den sechs Bezirken		2004	2005	2006	2007
10	Dokumentenanalyse		■	■	■
11	Teilnehmende Beobachtung		■	■	
12	Präsentation in der Großgruppe		P		
13	Qualitative Interviews		■	■	
14	Präsentation in den Bezirken			P	

Abschlusserhebung		2004	2005	2006	2007
15	Dokumentenanalyse			■	■
16	Qualitative Interviews mit wesentlichen AkteurInnen			■	■
17	Interviews mit aktiven BürgerInnen			■	
18	Standardisierte Telefonumfrage (n=500)			■	
19	Evaluationsworkshop 2			■	
20	Abschlussbericht vervollständigen				■
21	Präsentation in der Großgruppe				P

Tabelle: Stufenplan der partizipativen Evaluation und angewandte Methoden

Das Evaluations-Design basiert hauptsächlich auf qualitativen Methoden. Die wichtigste Informationsquelle in allen drei Erhebungsphasen sind offene Interviews mit AkteurInnen des LA21 Prozesses. Diese Vorgangsweise wurde bereits im Zuge der Vorbereitungsphase der Evaluation festgelegt. Die Interviews werden zu Dokumentationszwecken auf Tonband aufgenommen, allerdings nicht vollständig transkribiert. Für die Auswertung werden Kurzfassungen der wichtigsten Aussagen erstellt und edv-unterstützt analysiert (Programm max-qda).

Zusätzlich zu den qualitativen Methoden werden zwei standardisierte Telefonumfragen (n=500) durchgeführt, eine im Zuge der Start- eine zweite im Zuge der Abschlusserhebung. Die standardisierten Telefonumfragen dienen dazu, mehr über die öffentliche Wahrnehmung und das Wissen zur LA21 in Wien zu erfahren, verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit einzuschätzen und zukünftige Potentiale der Öffentlichkeitsarbeit auszuloten.

Charakteristische Elemente der partizipativen Evaluation sind die zwei Evaluations-Workshops und Präsentationen in Resonanz- und Großgruppe. Der erste Evaluationsworkshop hat darauf abgezielt, gemeinsam das Ziel und die Forschungsfragen der Evaluation festzulegen. VertreterInnen des Beirats, die Geschäftsstelle, des LA21 Team Magistrat, der Agendabüros der sechs Bezirke und interessierte BürgerInnen nahmen aktiv an diesem Workshop teil, die drei Hauptschwerpunkte der Evaluation wurden diskutiert. Jeder Fokus beinhaltet eine Reihe von Subfragen, die in drei Arbeitsgruppen diskutiert und präzisiert wurden. Anschließend erfolgte eine Bewertung der Wichtigkeit der verschiedenen Fragen.

Zur inhaltlichen Begleitung der Evaluation wurde eine sogenannte Resonanzgruppe eingerichtet, die die ganze Evaluation begleitet. Die Resonanzgruppe besteht aus acht Personen. Es handelt sich um VertreterInnen der Geschäftsstelle, des Vereines, des Beirats und um VertreterInnen aus drei Agendabüros. In der Resonanzgruppe werden der Fortschritt und Zwischenergebnisse der Evaluation diskutiert. Weiters wird diskutiert, wie operationale Probleme und Widersprüchlichkeiten des Konzepts gelöst werden können.

2 DIE STARTERHEBUNG

In Kapitel 2 werden die Ergebnisse der Starterhebung dargestellt. Diese beziehen sich – soweit dies möglich war – auf den gesamten Agendaprozess (Gesamtmodell, sechs Bezirke). Auf Unterschiede in den einzelnen Bezirken wurde nur in solchen Fällen genauer eingegangen, wo dies zur Beantwortung der Evaluationsfragen notwendig und sinnvoll erschien. Ein direkter Vergleich zwischen den Bezirken in Sinne eines Rankings sollte aus Sicht der Agendabüros so weit wie möglich vermieden werden. Auf Grund der zum Teil beträchtlichen Unterschiede zwischen den Bezirken, hinsichtlich ihrer Ausgangslage (Einwohnerzahl, Akademikeranteil, räumliche Bedingungen, Ausländeranteil etc.) wäre ein solcher Vergleich auch wenig aussagekräftig.

Bevor die Ergebnisse im Detail dargestellt werden, folgt ein kurzer Überblick über die bisher durchgeführten empirischen Erhebungsschritte (Kapitel 2.1) und Präsentationen sowie eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus dem Startworkshop.

2.1 Arbeitsschritte im Rahmen der Starterhebung

Im Zuge der Starterhebung wurden vom Evaluationsteam bislang folgende Arbeitsschritte und Präsentationen durchgeführt:

- Explorative Interviews mit VertreterInnen der Agendabüros in allen Bezirken, Gespräche mit insgesamt 18 Personen
- Evaluationsworkshop am 18. November 2004 mit 27 TeilnehmerInnen
- Dokumentenanalyse (Schwerpunkt: Jahresberichte der Trägerorganisationen aus dem Jahr 2004)
- Qualitative Interviews mit wesentlichen AkteurInnen des Agendaprozesses: Gespräche mit 18 Personen
- Interviews mit aktiven BürgerInnen: 28 Personen
- Standardisierte Telefonbefragung in den Agendabezirken: n= 509
- Präsentation und Diskussion erster Ergebnisse im Rahmen der Resonanzgruppe am 4. Mai 2005
- Präsentation der Ergebnisse im Rahmen der Großgruppe am 3. Juni 2005
- Präsentation ausgewählter Ergebnisse der Telefonbefragung im Rahmen des „Öffentlichkeitsarbeitskreises“ am 28. Juni 2005
- Resonanzgruppe am 21. 9. 2005: Diskussion zum Bericht der Starterhebung (Vorversion), Anregungen und Diskussionspunkte sind in vorliegenden Bericht eingearbeitet.

Teilnahme des Projektteams (bzw. einzelner MitarbeiterInnen) an folgenden Veranstaltungen:

- Fachtagung: "Lokale Agenda 21 in action", Wien am 7. Dezember 2004
- Nachhaltigkeitsgipfel, Linz am 28.-30. September 2004
- Agenda Mobilitätstreffen, Wien am 26. April 2005
- Diskussion der Jahresberichte mit dem LA21 Beirat, Wien am 27. April 2005

2.2 Evaluationsworkshop

Der Evaluationsworkshop im November 2004 diente zunächst der Vorstellung des Evaluationsteams, des Evaluationsansatzes sowie der geplanten Arbeitsschritte und Evaluationsziele.

Es handelte sich aber auch bereits um einen ersten Rückkoppelungsschritt, da die Ergebnisse der explorativen Interviews mit den TrägerInnen bzw. den Agendateams aus den Bezirken vorgestellt und diskutiert wurden.

Daran anschließend wurden in drei Kleingruppen die Subfragen der drei Evaluationsschwerpunkte (Fokuse) diskutiert, konkretisiert und fallweise auch ergänzt. Abschließend wurden sämtliche Fragen nach ihrer Wichtigkeit von allen Anwesenden (ausgenommen Evaluationsteam) bewertet.

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen an den Ausgangsfragestellungen wurden dabei vorgenommen (Details siehe Workshop-Protokoll, Anhang):

- **Fokus 1: Evaluierung des Beitrages der LA21 zur Nachhaltigen Entwicklung im Bezirk**
Die Evaluation soll auch nach Themen und Projekten fragen, die nicht zustande gekommen sind. Es soll nachgezeichnet werden, wer in den Agendagruppen Einfluss auf den Projektverlauf nimmt. Zudem soll erhoben werden, ob Lernprozesse, die durch die Agendaaktivitäten angeregt werden, auch in irgendeiner Form erfasst werden.
- **Fokus 2: Gezielte Förderung der Beteiligung der AkteurInnen im Bezirk**
Die Änderungen bei Fokus 2 betrafen folgende Punkte: Nicht nur die Förderung des Selbstorganisationspotenzials der AkteurInnen, sondern breiter gefasst, die Förderung und das Ausmaß der tatsächlichen Beteiligung am Prozess soll erhoben werden. Neben Maßnahmen sollen auch Methoden und deren Wirkung berücksichtigt werden. Schließlich sollen auch die förderlichen und hinderlichen „Haltungen“ von PolitikerInnen erhoben werden.
- **Fokus 3: Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen**
Auch in Fokus 3 wurde der Begriff Selbstorganisationspotenzial durch den Begriff „Beteiligung“ erweitert. Die Fragen nach dem Wirken der verschiedenen Organisationseinheiten des Modells wurden ergänzt und vereinheitlicht (innerhalb und außerhalb des Prozesses). Ergänzt wurde der dritte Fokus noch durch die Frage: „Wird es eine Verlängerung der Finanzierung geben?“ (Anmerkung: Dazu kann die Evaluation zwar indirekt einen Beitrag leisten, beantwortet muss die Frage jedoch von anderer Seite werden)

Diese Änderungen wurden bei allen weiteren Erhebungen und Auswertungen so weit wie möglich berücksichtigt.

Neben der Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Zielen der Evaluation wurde im Rahmen des Workshops auch noch ein Mal die generelle Frage nach dem Nutzen der Evaluation gestellt. Dies erfolgte auf der Grundlage jener Anforderungen, die bereits im Zuge der Vorbereitung erstellt wurden. Im Workshop wurden die vorhandenen Kriterien kurz vorgestellt, von den TeilnehmerInnen ergänzt und schließlich ebenfalls nach Wichtigkeit bewertet (Klebspunkte).

Dabei zeigte sich, dass die Evaluation des Agendaprozesses in erster Linie als **Reflexions- und Lerninstrument** gesehen wird. Die Evaluation soll Reflexionswissen für Träger, Bezirke und „die Stadt“ bereitstellen. Die Ergebnisse sollten direkt dem Prozess zu Gute kommen. Ebenfalls von nahezu allen beteiligten Akteuren wurde gefordert, dass die Evaluation die **Besonderheiten jedes einzelnen Bezirks** herausarbeiten und hervorstreichen sollte und dass ermöglicht werden soll, verstärkt von anderen Agendaprozessen zu lernen.

Gefragt wurde schließlich auch nach negativen Kriterien, also nach Aspekten, die möglichst zu vermeiden sind. Demzufolge soll die Evaluation:

- Nicht „zu Tode“ evaluieren (also nicht zu bürokratisch sein, Arbeit in den Bezirken behindern oder verlangsamen, kein zu hoher Arbeitsaufwand für die Trägerorganisationen)
- Die Bezirksprozesse sollen nicht miteinander verglichen werden und in Konkurrenz kommen (kein Benchmarking, Kontext berücksichtigen, Diversität zulassen)
- Die Entscheidungsträger sollten rasch „Fakten“ in der Hand haben
- Es sollten nicht zu dicke und unlesbare Berichte erstellt werden
- Die Ergebnisse sollten nicht nur intern bleiben (öffentliche Präsentation)
- Die Evaluation sollte keine Standardisierung der Arbeit in den Bezirken erzwingen

2.3. Ergebnisse der Starterhebung

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Starterhebung zusammengefasst. Im Anschluss daran werden auf dieser Grundlage Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung des Wiener LA21-Modells diskutiert und Handlungsempfehlungen formuliert.

Die Darstellung der Ergebnisse orientiert sich strikt an den im Evaluationsauftrag festgelegten Fragen, und zwar in jener Form, wie sie nach dem Evaluationsworkshop überarbeitet und konkretisiert wurden.

2.3.1. Fokus 1

Fokus 1 bezieht sich auf den Beitrag der LA21 Prozesse zur nachhaltigen Entwicklung im Bezirk.

Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil?

Aktiv an den rund 40 zur Zeit laufenden Agendagruppen beteiligen sich zu einem Großteil Personen mit folgenden Merkmalen: Alter zwischen 25-40 Jahre, hohe formale Qualifikation, oft auch mit einschlägigem fachlichem Background, Fähigkeit zur selbstorganisierten Arbeit in Gruppen, generell engagementbereit, lokale Betroffenheit. Diese Merkmale beruhen auf Einschätzungen der befragten AkteurInnen, detaillierte sozio-demographische Aufzeichnungen werden von Agendabüros nicht geführt. Frauen und Männer beteiligen sich insgesamt gesehen in etwa gleich großem Ausmaß. Personen mit Migrationshintergrund sind eher selten anzutreffen. Jugendliche beteiligen sich entweder punktuell oder in Gruppen, die explizit ein Jugendthema aufgreifen. Internetanschluss und E-Mailnutzung sind wichtige Voraussetzungen für die dauerhafte Beteiligung an Agendagruppen (strukturelle „digital divide“).

Darüber hinaus werden – zumindest punktuell – auch andere Personengruppen erreicht. An Aktivitäten, die mit einer einmaligen oder zeitlich befristeten Beteiligung auskommen (z.B. ‚Frühstück am Gehsteig‘, Stadtpaziergänge), nehmen auch Menschen, auf die die oben beschriebenen Merkmale weniger zutreffen, teil.

Was liegt in der Handlungskompetenz der LA21?

Die Handlungskompetenz der Agendagruppen deckt sich laut Modell im Wesentlichen mit dem Kompetenzbereich des Bezirks. In der Agendapraxis wird der konkrete Handlungsbereich von den einzelnen Agendagruppen in Abstimmung mit den Steuerungsgruppen bestimmt. Bei der Umsetzung von Agendavorschlägen sind letztlich die

finanziellen Möglichkeiten der Bezirke und die Bereitschaft der Bezirksvertretungen zur Unterstützung von Vorhaben relevant. Indirekt werden die Handlungskompetenzen auch durch strukturelle Bedingungen beeinflusst. Die Ausrichtung auf die Einbeziehung unorganisierter BürgerInnen erschwert beispielsweise die Bearbeitung von Wirtschaftsthemen im Rahmen von Agendagruppen.

Welche Themen werden im Prozess realisiert und/oder mitgedacht (Umwelt, Soziales, Ökonomie)?

Beinahe zwei Drittel der zur Zeit aktiven Agendagruppen beschäftigen sich mit Fragen der Freiraum- und Verkehrsplanung (25 von 43). In fünf Gruppen werden künstlerische, kulturelle oder historische Themen behandelt, vier Gruppen weisen thematisch einen starken Jugendbezug auf, sechs Gruppen haben einen inhaltlichen Bezug zum Thema Migration und Diversity und drei Gruppen beschäftigen sich stark mit sozialen Netzwerken und Gemeinwesen. Wirtschaftsbezogene Themen im engeren Sinn wurden bislang nicht aufgegriffen oder konnten sich nicht dauerhaft etablieren.

Die inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der verschiedenen Agendagruppen mit dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung reicht (unabhängig vom gewählten Gruppenthema) von „sehr intensiv“ bis „gar nicht“. Diskutiert wird Nachhaltigkeit in deutlich mehr als der Hälfte der Gruppen.

Nicht zustande gekommene oder abgebrochene Projekte

Folgende Projektthemen bzw. Projekttypen wurden entweder von den Initiatoren selbst abgebrochen oder wurden letztlich in der Steuerungsgruppe abgelehnt:

- Vorschläge mit Bürgerinitiativcharakter (Kriterium: mangelnde Kooperations- und Kompromissbereitschaft);
- bezirksübergreifende Themen (Problem: Kompetenzüberschreitung);
- Projekte, für die keine ausreichende finanzielle Unterstützung vorhanden war
- Projekte, die aufgrund von Prioritätensetzungen nicht aufgegriffen werden;
- Projektthemen von einzelnen Personen (Problem: zu geringes Interesse bei anderen BürgerInnen);
- Projekte, die Partikular- bzw. betriebswirtschaftliche Interessen verfolgt hätten.

Themenauswahl und -entwicklung

Von Seiten der BürgerInnen wird die gesamte inhaltliche Palette des Agendaprozesses thematisiert (siehe oben). Zum Teil werden inhaltliche Vorschläge auch von den Agendabüros eingebracht. Diese versuchen allerdings weniger auf die Themen selbst als vielmehr auf die Art der Behandlung Einfluss auszuüben (v.a. in Sinn des LA21 Konzepts: handelt es sich um die Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung, Gender Mainstreaming und Diversity). Teilweise werden auch von Seiten der Bezirkspolitik Themenwünsche artikuliert. Meist handelt sich dabei um Planungsthemen, die bereits seit längerem, ohne zu konkreten Ergebnissen geführt zu haben, diskutiert wurden.

Wie kommt es zu Entscheidungen (bezogen auf Agendagruppen)?

Der Entscheidungsprozess von der ersten Idee bis zur Anerkennung als Agendagruppe kann idealtypisch in eine

- „Informations- und Aktivierungsphase“, eine
- „Betreuungsphase“ sowie eine
- „Entscheidungsphase“

unterteilt werden. In der „Informations- und Aktivierungsphase“ informieren die Agendabüros die Bevölkerung über die Zielsetzungen und die Möglichkeiten der LA21. Bereits in dieser Phase werden einige wenige Themen ausgeschlossen (z.B. Vorschläge mit ausländerfeindlicher oder rechtsradikaler Tendenz). Kommt es zur Bildung einer Projektgruppe, dann geht es vor allem um die Konkretisierung des Themas. Ziel dabei ist die Anerkennung als Agendagruppe. Die Agendabüros versuchen in dieser Phase die Beratungen in der Gruppe inhaltlich in Vorwegnahme des Entscheidungsprozesses in der Steuerungsgruppe zu lenken ohne gleichzeitig zu riskieren, dass die Projektgruppe noch vor der eigentlichen Anerkennung wieder auseinander bricht. Letztlich fällt die Entscheidung, ob eine Projektgruppe als „offizielle“ Agendagruppe anerkannt und damit weiter vom Agendabüro betreut wird, in der Steuerungsgruppe. Bislang wurden nur wenige Projektideen in den Steuerungsgruppen abgelehnt. Ein Umstand, der auch für die adäquate Betreuung der Projektgruppen durch die Agendabüros spricht.

Wer nimmt Einfluss auf den Projektverlauf?

Der Projektverlauf wird inhaltlich im Wesentlichen von den BürgerInnen der Kerngruppen, den BetreuerInnen der Agendabüros und der Bezirkspolitik bestimmt. Innerhalb der Agendagruppen haben Personen mit entsprechender fachlicher Qualifikation und hoher Bereitschaft, sich zu engagieren, höhere Chancen die Projektentwicklung zu beeinflussen. InitiatorInnen von Projekten kommt im Allgemeinen keine Sonderrolle zu. Die Agendabüros beeinflussen den Projektverlauf inhaltlich, durch das Aufzeigen von Leitlinien und Grenzen, aber auch prozessunterstützend und mediativ. Der Bezirkspolitik wird, vor allem aus Sicht der BürgerInnen, ein großer Einfluss auf die Entwicklung der Projekte zugesprochen.

Wie werden Lernprozesse bei BürgerInnen, PolitikerInnen und MagistratsbeamtInnen erfasst?

Lernprozesse, die durch den Agendaprozess bei den verschiedenen Akteursgruppen in Gang gesetzt werden, werden bislang nicht systematisch erfasst. Die subjektive Einschätzung der befragten AkteurInnen ergibt folgendes Bild: BürgerInnen glauben, dass sie selbst fachlich von der Beteiligung am Agendaprozess profitieren und auch einiges über die Abläufe in der Verwaltung und Bezirkspolitik erfahren. Die bessere Einsicht in das Verwaltungshandeln begrüßen die BürgerInnen grundsätzlich, die Konsequenzen werden von ihnen aber nicht nur positiv beschrieben.

Ebenso wie die BürgerInnen selbst, glauben auch die befragten PolitikerInnen, dass die in der Agenda aktiven BürgerInnen viel über die Funktion der Bezirkspolitik lernen. VertreterInnen der Politik als auch der Verwaltung glauben, dass sich durch den Agendaprozess bei den PolitikerInnen bislang mehr verändert hat, als bei den BeamtInnen. Die Bezirkspolitik scheint näher am Agendaprozess zu sein als die Verwaltung, dementsprechend gewichtiger fällt die Selbsteinschätzung bezüglich von Lernprozessen aus. Hervorgehoben wird insbesondere die Wahrnehmung einer neuen Gesprächskultur. BürgerInnen sind in diesem Punkt hingegen wesentlich skeptischer. Die BürgerInnen orten auf Seiten der Bezirkspolitik noch Potenzial für Lern- und Veränderungsprozesse. Ein Teil der Befragten fordert z.B. mehr Bereitschaft sich auf einen fachlichen Dialog einzulassen.

2.3.2 Fokus 2

Bei Fokus 2 geht es um die Frage, wie und in welchem Ausmaß wird die Beteiligung der AkteurlInnen am LA21 Prozess gefördert wird.

Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns

Zentrale Elemente des Prozessdesigns, wie etwa der Aufbau einer Administrations- und Organisationsstruktur (Ausnahme 9. Bezirk), die Durchführung einer Bezirksanalyse, Aktivierungsmaßnahmen, die Begleitung und Umsetzung von Projekten oder Medienarbeit für die LA21, sind vertraglich vereinbart und werden in allen Bezirken umgesetzt. Während die fachliche Zusammensetzung und die „Philosophie“ der Teams das prinzipielle Vorgehen (Prozessdesign) nur marginal beeinflusst, wirken sich beide Faktoren auf den Umgang mit dem Prozess und die gewählten Methoden aus:

- psychologisch geschulte Teams setzen auf offene Zugangsweisen und versuchen Zurückhaltung zu üben, etwa bei Moderationen;
- Teams mit einschlägiger inhaltlicher Expertise versuchen, diese auch in den Prozess einzuspeisen (v.a. Nachhaltigkeit, Genderkompetenzen);
- vorhandene Erfahrungen mit der Durchführung klassischer Bürgerbeteiligungsverfahren beeinflussen die Philosophie und das praktische Vorgehen im Rahmen der Agenda;
- Teams, die auf die Strategie der „eigenständigen Regionalentwicklung“ aufbauen, setzen in der Agendaarbeit verstärkt auf Selbstorganisation, Orientierung an Stärken, Orientierung an zukünftigen Herausforderungen und ähnliches;
- RaumplanerInnen haben ein besonderes Sensorium für die spezifischen Qualitäten eines Bezirks und seiner historisch gewachsenen Ortskerne und bringen dies auch in den Agendaprozess ein.

Die disziplinäre Zusammensetzung der Agendabüros und deren Philosophie wirkt sich in der Agenda-Praxis also nur geringfügig auf das Projektdesign aus, deutlich ist hingegen die Wirkung auf die prinzipielle Herangehensweise der MitarbeiterInnen in den Agendabüros.

Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie?

Trotz zahlreicher Unterschiede im Detail verfolgen sämtliche Agendabüros eine breitgefächerte Öffentlichkeitsarbeit. Dabei zeigten sich eine Reihe von – ebenfalls vertragsbedingten – Gemeinsamkeiten: Jedes Agendabüro verfügt über eine eigene Homepage, jedes Team informiert die interessierte Öffentlichkeit über eigene Newsletter (per Post oder per E-Mail), jedes Agendabüro produziert schriftliches Material (Flyer, Folder etc.) und ebenfalls jedes Agendabüro versucht, Medienkontakte zu pflegen (lokale und überregionale Printmedien, Radio, fallweise TV). In allen Bezirken wird versucht, sowohl die breite Masse der Bevölkerung (beispielsweise über lokale Zeitungen) als auch bestimmte Zielgruppen (beispielsweise mit Radiosendungen) zu erreichen. Die Unterschiede zwischen den Teams liegen am ehesten bei bestimmten Schwerpunktsetzungen (regelmäßige Radiobeiträge versus Information „kleiner Netze“), bei der Häufigkeit, in der bestimmte Medien genutzt werden (Newsletter 2 oder 6 Mal pro Jahr) und dem Umfang der Zielgruppen, die erreicht werden sollen (500 bis 26.000 Adressen bzw. Auflage).

Im Durchschnitt kennen 8% der Wohnbevölkerung der sechs Agendabezirke die LA21 („ja, kenne ich“). Weitere 14% haben immerhin schon ein Mal davon gehört („ja, schon gehört“). Geht man aus, dass in den sechs Agendabezirken rund 400.000 Personen leben, kann näherungsweise geschätzt werden, dass bereits zwischen 30.000 bis maximal 90.000 BürgerInnen mit dem Begriff Lokale Agenda etwas „anfangen“ können. Soziografische Merkmale – wie Alter, Geschlecht oder Bildungsniveau – beeinflussen die Bekanntheit der

LA21 nur gering. Die Dauer der LA21-Prozesse hat hingegen einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Bekanntheit: Im 9. Bezirk, wo es seit 1998 LA21 Aktivitäten gibt, kennen 18% der Bevölkerung die Agenda 21, weitere 23% haben zumindest schon einmal davon gehört. Die Bekanntheit in den anderen Bezirken liegt zwischen 5% und 10%. Ebenfalls von großer Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit sind die absolute Größe und Dichte eines Bezirks. In dicht bebauten innerstädtischen Bezirken mit spezifischen wahrnehmbaren Problemlagen im öffentlichen Raum scheint es deutlich leichter zu sein, die Bevölkerung mit der Botschaft der LA21 zu erreichen. Wobei dies durch niedrige Ausländer- und hohe Akademikeranteile noch zusätzlich begünstigt wird.

Welche Maßnahmen und Methoden zur Erreichung und Beteiligung wurden gesetzt?

Die eingesetzten Maßnahmen und Methoden zur Aktivierung der Bevölkerung können im Wesentlichen in vier Bereiche eingeteilt werden:

- Aktionen im öffentlichen Raum,
- Feste und Veranstaltungen,
- Bildungsangebote und
- sonstiges.

Einen direkten Zusammenhang zwischen der Vielfalt bzw. dem Ausmaß an Aktivitäten und der Bereitschaft der Bevölkerung, sich längerfristig am Agendaprozess zu beteiligen, kann nicht hergestellt werden. So stehen einer Konzentration auf einige wenige Maßnahmen im 22. Bezirk zehn Agendagruppen gegenüber. Im 9. Bezirk, wo viele verschiedene Aktivitäten stattfanden, arbeiten zur Zeit neun Agendagruppen. Eine geringe Anzahl an Gruppen findet man genau in jenen Bezirken, in denen auch die – im Rahmen der Telefonbefragung erhobene – geringste Engagementbereitschaft besteht. Sowohl im 15. Bezirk als auch im 23. Bezirk gibt es zur Zeit jeweils fünf aktive Agendagruppen. In beiden Bezirken liegt die Bereitschaft der Bevölkerung für ein Engagement bei rund einem Fünftel der Befragten und damit deutlich unter den Durchschnitt. (Zu bedenken ist dabei, dass der Prozess im 23. Bezirk erst seit 2004 läuft.)

Welche Begleitangebote und/oder Maßnahmen wurden gemacht und wie/warum/von welchen Gruppen wurden sie angenommen bzw. nicht angenommen? Welche fehlen?

Im Wesentlichen werden von den Agendabüros zwei Arten von Leistungsangeboten abgedeckt: Betreuung von BürgerInnengruppen und Vernetzungsarbeit. Zum Teil handelt es sich auch bei den Vernetzungsleistungen um eine direkte Unterstützung der Arbeitsgruppen, etwa wenn Kontakte zu BezirkspolitikerInnen oder zuständigen MagistratsbeamtlInnen vermittelt werden.

Von den Agendagruppen werden vor allem jene Leistungen in Anspruch genommen, die von den Agendabüros auch tatsächlich angeboten und momentan als nützlich für die eigene Arbeit eingestuft werden. Zwischen den Agendabüros und den Agendagruppen besteht eine Art „Marktsituation“: Leistungen, die nicht nachgefragt werden, werden auch rasch wieder aus dem „Angebot“ genommen. Nachgefragt werden insbesondere folgende Begleitangebote:

- Moderation der Agendagruppen
- Protokollierung der Treffen
- Unterstützung bei der Produktion von Materialien (Broschüren, Berichte)
- Hilfe bei der Vermittlung von Kontakten

- Organisation von Veranstaltungen
- Unterstützung bei Aktionen und Befragungen
- Nutzung der Büroräumlichkeiten für Gruppentreffen
- Bildungsangebote in Zusammenarbeit zwischen Agendabüro und VHS

Aus Sicht der BürgerInnen fehlen keine wesentlichen Angebote. Verbessern könnte man zum Teil die Qualität und Intensität der Betreuung. Werden Leistungen (z.B. Moderationen) reduziert, wird dies nur als negativ empfunden, wenn die Gruppe nicht imstande ist, selbst diese Aufgabe zu übernehmen. Gelingt der Schritt in Richtung Eigenständigkeit, wird dies durchwegs als positiv empfunden. Die interviewten Gruppenmitglieder berichten im Zusammenhang mit der Betreuung sowohl über positive als auch negative Erfahrungen. Auf den Fortschritt bzw. die Arbeitsfähigkeit der Agendagruppen hat dies allerdings nur einen geringen Einfluss.

„Haltungen“ der PolitikerInnen zum Thema Beteiligung im LA21-Prozess

Aus Sicht der Agendabüros und der befragten BürgerInnen ist es für den Erfolg der LA21 von großer Bedeutung, dass sich BezirkspolitikerInnen mit Interesse am Prozess beteiligen, sich laufend über die Ereignisse informieren, (Ergebnis-)Offenheit zulassen, Vertrauen in Bürgergruppen haben und der Überzeugung sind, dass partizipative Demokratie an sich wichtig ist. Ob und in welchem Ausmaß eine derartige positive Haltung auf Seiten der Bezirkspolitik vorhanden ist, wird von den verschiedenen Akteulnnen der Agenda sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die befragten BezirkspolitikerInnen sehen ihre persönliche Haltung ebenso wie die Haltung ihrer eigenen Partei als grundsätzlich förderlich für Bürgerbeteiligung an. Hingegen wird von einer Mehrheit der interviewten BürgerInnen die Haltung der verantwortlichen PolitikerInnen im Bezirk oft als wenig förderlich bis hin zu eindeutig hinderlich erlebt. Klar davon differenziert wird die Rolle der Stadtpolitik, die überwiegend als unterstützend empfunden wird. Nicht nur die Einschätzungen bezüglich der persönlichen Haltungen divergieren, offensichtlich liegen diesen Einschätzungen auch deutlich voneinander abweichende Erwartungen der Agenda gegenüber zu Grunde – insbesondere in Bezug auf die Handlungskompetenzen der einzelnen Gruppen (Politik versus Agendagruppen).

2.3.3. Fokus 3

Fokus 3 beschäftigt sich mit der Eignung der geschaffenen Elemente des LA21-Organisationsmodells zur Unterstützung Nachhaltiger Entwicklung und zur Stärkung der Beteiligung.

Eignung der Organisationsstrukturen innerhalb des LA21-Prozesses

Die Organisationsstruktur des Wiener LA21 Modells wird von sämtlichen Befragten als geeignet und sinnvoll betrachtet. Die Geschäftsstelle des Vereins, die Steuerungsgruppen und Agendabüros in den Bezirken sowie die Bürgergruppen werden als die zentralen Elemente des Modells wahrgenommen. Hingegen kann von mehreren AkteurInnen nicht klar zwischen Verein und Vorstand sowie zwischen Geschäftsstelle und Beirat differenziert werden, d.h. sie werden vielfach als jeweils ein Akteur wahrgenommen. Weitgehend unklar ist die Rolle des Team Magistrat – und zwar sowohl hinsichtlich der Selbst- als auch der Fremdeinschätzung durch andere AkteurInnengruppen des LA21 Modells.

Aus Sicht der befragten Personen sind LA21-intern kaum Parallelitäten vorhanden. Vereinheitlichen könnte man eventuell die unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Entwicklung von grundlegenden Prozessregeln in den Bezirken („Geschäftsordnungen der

Steuerungsteams“) sowie das LA21-Marketing und die sehr dezentral gehandhabte Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirken (jeder Bezirk hat ein eigenes LOGO, betreibt eine eigene Homepage etc.).

Synergiepotenzial innerhalb des Modells wird bei der Zusammenführung von Agendagruppen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, sowie hinsichtlich verstärktem fachlichen Austausch zwischen den Agendabüros gesehen. Für beide Bereiche wurden bereits neue Angebote entwickelt und von den betroffenen Akteuren auch in Anspruch genommen.

In Bezug auf die Kommunikation zwischen den Modellelementen (Akteursgruppen) werden im Wesentlichen folgende Verbesserungsmöglichkeiten gesehen:

- Einige Agendabüros wünschen sich mehr Freiheit bei der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der Agendaarbeit (weniger „Kontrolle“ durch Geschäftsstelle und Beirat, mehr Vertrauen).
- Die Geschäftsstelle würde hingegen in einigen Fällen (in Bezug auf die Arbeit der Agendabüros) in stärkerem Maß lenkend eingreifen.
- Aus Sicht der befragten BürgerInnen und einiger Agendabüros fehlen vor allem Schnittstellen zwischen Agendagruppen und der bestehenden formalen Gremien, um die inhaltliche Arbeit der Agendagruppen in stärkerem Maß mit der politischen Arbeit im Bezirk zu synchronisieren (beispielsweise könnte es sinnvoll sein, den inhaltlichen Austausch zwischen Agenda-Verkehrsgruppen und den formal zuständigen Verkehrskommissionen in den Bezirken zu intensivieren).
- Einige Akteursgruppen wünschen sich mehr Engagement, Interesse und Rückmeldungen von der Bezirkspolitik (dem/der BezirksvorsteherIn).

Die Kommunikation innerhalb des LA21 Prozesses ist gleichzeitig eine „Stärke“ und eine „Schwäche“. Mit dem Agendaprozess wurden sehr viele neue Kommunikationsorte geschaffen. Dieses Angebot wird auch von vielen AkteurInnen genutzt. Die Geschäftsstelle des Vereins und die Agendabüros bieten eine breite Vielfalt an Kommunikationsforen und Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch und stellen ihr Moderations-Kow-how zur Verfügung. Auch werden mögliche Defizite erkannt und zu deren Beseitigung neue Angebote geschaffen. Ein Gutteil von der Dynamik des Prozesses scheint auf das große Bedürfnis vieler AkteurInnen nach (mehr) Kommunikation zurückzuführen zu sein. Bei beschränkten Ressourcen und einem klar definierten Auftrag führt diese Kommunikationsdynamik jedoch tendenziell zu einer Überforderung vieler Beteiligter.

Kooperation und Kommunikation zu Gremien außerhalb des Prozesses

Vernetzungsaktivitäten zu Gremien und Institutionen außerhalb des Agendaprozesses werden vorrangig von der Geschäftsstelle sowie den Agendabüros und den Agendagruppen in den Bezirken gesetzt.

Bis auf den 23. Bezirk, wo sich der Agendaprozess noch im Aufbau befindet, kann jeder Bezirk auf eine Reihe von externen Kontakten verweisen. Am häufigsten kooperieren die Agendabüros mit Sozialeinrichtungen im eigenen Bezirk. Wichtige Kooperationspartner sind auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Insgesamt betrachtet kann man eine große thematische Bandbreite feststellen. Über Intensität, Umfang und Dauerhaftigkeit dieser Kontakte konnten – auf Grund fehlender Daten – im vorliegenden Bericht keine Aussagen getroffen werden.

Bedingt durch den Querschnittscharakter des Themas Nachhaltigkeit fällt es den Agendaaktiven nicht schwer, weitere mögliche (LA21-externe) KooperationspartnerInnen zu benennen. Beschäftigt man sich thematisch mit Nachhaltigkeit, ist prinzipiell kein einziges Thema oder Fachgebiet wirklich von vornherein ausgeschlossen. Jeder Lebens- und Handlungsbereich kann unter den Gesichtspunkten der Zukunftsbeständigkeit und

intergenerative Gerechtigkeit gesehen werden. Jede Initiative, jede Art von Wirtschaftsbetrieb, jede politische Institution usw. könnte zu einem sinnvollen Partner im Agendaprozess werden.

Von Seiten des Beirats wurde angeregt, in Zukunft verstärkt z.B. kirchliche Einrichtungen oder lokale Vereine anzusprechen. Auf internationaler Ebene könnte der Austausch mit anderen LA21 Städten und die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen (etwa im Rahmen eines EU-geförderten Projekts, in dem auch die Stadt als Partner fungiert) intensiviert werden.

Beispiele für externe Synergieeffekte sind die Kooperationsprojekte im 7. (mit_mission 7, Schulvorplatz Projekt Gymnasium Kandlgasse) und 9. Bezirk (word up! Pilotprojekt SchülerInnenparlament, Vortragsreihe in Kooperation mit Südwind). Die Agendabüros betonen dazu, dass es bei Kooperationsprojekten sehr wichtig ist, die Art und den Umfang der Kooperation nach „außen“ zu kommunizieren. Die PartnerInnen der Kooperation sollten in annähernd gleicher Weise – vor allem in der medialen Darstellung und Wahrnehmung – von der Zusammenarbeit profitieren. Eine Vereinnahmung bereits bestehender Initiativen durch die Agenda soll vermieden werden. Zum Teil werden Kooperationsprojekte auch kritisch hinterfragt. Sie werden nur dann von allen Seiten positiv gesehen, wenn „Mitnahmeeffekte“ durch die Träger vermieden werden.

Ressourcenausstattung in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells

Die Frage nach der für den LA21 Prozess vorhandenen Ressourcenausstattung wurde – je nach Akteursgruppe – recht unterschiedlich eingeschätzt (Ergebnisse beziehen sich auf die Mittel zur Durchführung der Bezirksaktivitäten).

- Die Sicht der Agendabüros kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Mit den derzeit pro Jahr zur Verfügung stehenden Mitteln könnte man einen Agendaprozess auch auf Dauer betreuen. Zwei Bedingungen müssen dafür allerdings erfüllt sein: erstens müssen sich mit zunehmender Dauer des Prozesses Effizienzgewinne durch Erfahrungszuwachs auf Seiten der Träger einstellen und zweitens müsste der Dynamik, die aus dem Prozess entsteht, mit einer regelmäßigen „Nachjustierung“ der Aufgabenbereiche (Profil, Reduktion auf zentrale Zielsetzungen) Rechnung getragen werden.
- Unter den BürgerInnen herrscht die Ansicht vor, dass die Agendabüros im Rahmen der vorhandenen Ressourcen sehr gute Arbeit leisten. Tendenziell erscheinen die vorhandenen Mittel als zu gering.
- Bei den BezirksvertreterInnen gibt es unterschiedliche Einschätzungen in Bezug auf die budgetäre Ausstattung der Agendabüros. Einigen scheint das vorhandene Budget mehr als ausreichend zu sein. Einige sind der Meinung, dass die Ressourcenausstattung und die erbrachten Leistungen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Und es gibt eine Gruppe die der Meinung ist, dass die Finanzierung der Agendabüros für einen dauerhaften Betrieb der Agendaaufgaben nicht ausreichend ist.

Zusätzliche finanzielle Ressourcen – sofern vorhanden – würden von den Agendabüros vor allem für die Aktivierung bestimmter Zielgruppen, für mehr und gezieltere Öffentlichkeitsarbeit, intensivere Betreuung von Gruppen und zur Umsetzung von Projekten eingesetzt werden.

3 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Abschließend sollen jene Themen und Fragestellungen diskutiert werden, für die sich auf Grund der Ergebnisse der Starterhebung Entwicklungspotenziale und/oder Handlungsbedarf ableiten lassen. Die Vorschläge wurden vom Evaluationsteam ausformuliert und in der

evaluationsbegleitenden Resonanzgruppe diskutiert, um sie als ein Ergebnis der Evaluation den Gremien der LA 21 vorlegen zu können. Bei jedem Thema wird zuerst kurz das bestehende Problem umrissen, danach wird ein Ziel formuliert und schließlich werden mögliche Maßnahmen skizziert und die hauptverantwortlichen Akteursgruppen benannt.

3.1 Anbindung der Agendagruppen an die Bezirkspolitik

Problem: Die Entwicklung von inhaltlichen Vorschlägen zu ähnlichen Themen (bzw. Problembereichen) laufen unkoordiniert nebeneinander her. Agendagruppen wissen zu wenig über die Beratungen der Bezirks-Kommissionen und umgekehrt sind die Kommissionen zu wenig über den aktuellen Stand der Agendagruppen informiert. Teilweise wird den Agendagruppen (bzw. ihren Vorschlägen) die Legitimation abgesprochen.

Ziel: Verbesserte Abstimmung der repräsentativen und partizipativen Politiken in den Agendabezirken

Empfehlungen: Es sollen zusätzliche Schnittstellen eingerichtet werden. Als Ausgangspunkt dafür könnten positive Erfahrungen – die es punktuell bisher sicherlich bereits gab – herangezogen werden. Beispiele dafür könnten etwa unkomplizierte informelle Kontakte (face-to-face, E-Mailkontakte etc.) zwischen Agendagruppen und einzelnen BezirkspolitikerInnen sein. Es müsste gewährleistet sein, dass der gegenseitige Austausch kontinuierlich stattfindet, ohne dass dadurch die laufenden Diskussionen in den einzelnen Gremien bzw. Gruppen gestört werden. Die inhaltliche Autonomie beider Seiten sollte – trotz intensiver gegenseitiger Information – möglichst aufrechterhalten werden. Eine Möglichkeit, die dabei getestet werden könnte, wäre die Einrichtung von „Kontaktpersonen“ aus der Bezirksvertretung für jede neue Agendagruppe. Personelle Kontinuität wäre vermutlich sinnvoll, da es in diesem Fall auch um den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen geht.

Akteure: Agendabüros, BezirksvorsteherInnen, Bezirkskommissionen, Geschäftsstelle

3.2 Institutionelle Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen

Problem: Die Steuerungsgruppe ist das zentrale institutionelle Bindeglied zwischen repräsentativer und partizipativer Bezirkspolitik im LA21-Modell. In Hinblick auf eine dauerhafte Etablierung partizipativer Elemente auf Bezirksebene kommt diesem neuen Gremium eine außerordentlich wichtige Bedeutung zu. Die institutionellen Regeln der Steuerungsgruppen sind bislang Schritt für Schritt in den Agendabezirken – teilweise autonom voneinander – entstanden. Es wird daher Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Festlegung von Aufgaben, der Gestaltung interner Abläufe und hinsichtlich der Kommunikation nach „außen“ – auch in Hinblick auf die Magistratsabteilungen der Gemeinde Wien – gesehen. (zu kryptisch ohne Erklärung)

Ziel: Konkretisierung, Vereinheitlichung und Konsolidierung der institutionellen Rolle der Steuerungsgruppen („Geschäftsordnungen“) als Bindeglied zwischen repräsentativer und partizipativer Bezirkspolitik. Steuerungsgruppen sollen als Institutionen – also weitgehend unabhängig von Personen – funktionieren. Sie sollen mit klaren Aufgabenbereichen und Regeln zur Entscheidungsfindung ausgestattet sein.

Empfehlung: Sämtliche Maßnahmen in diesem Bereich sind unter der Zielsetzung einer Vereinheitlichung und Normierung der Geschäftsordnungen zu sehen. Verfahrensweisen und Regeln, die sich bereits bisher bewährt haben, sollten dokumentiert, bewertet und als generelle Lösungen vorgeschlagen werden. Verstärkter Erfahrungsaustausch zwischen den Steuerungsteams wird angeregt.

In Bezug auf die **Mitgliedschaft** in den Steuerungsgruppen wird zu klären sein, wer, also VertreterInnen welcher Gremien und Akteursgruppen, in welcher Stärke (Stimmenanzahl) vertreten sein soll. Dazu wurde zum einen auf bestehende Unterschiede zwischen den Bezirken hingewiesen, zum anderen wurde angemerkt, dass bestimmte Gruppen bislang

überhaupt noch zu wenig eingebunden sein (v.a. Wirtschaft, Magistratsabteilungen). Bei den Überlegungen zur optimalen Zusammensetzung der Steuerungsgruppen ist andererseits die Gesamtgröße im Auge zu behalten. Die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der Steuerungsgruppen darf nicht auf Grund einer zu großen Mitgliederanzahl eingeschränkt werden.

Die **Arbeitsfähigkeit** der Steuerungsgruppen soll verbessert werden. Gemeint ist damit auch das Durchsetzungsvermögen des Gremiums gegenüber den Magistratsabteilungen. Bislang liegt die Verantwortung für die Umsetzung von Projekten vor allem bei den BezirksvorsteherInnen. Diese könnten in Zukunft stärker durch die Steuerungsgruppe unterstützt werden. Dazu müssen Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitglieder diskutiert werden. Insgesamt muss eine stärkere Anbindung der Steuerungsgruppe an die Magistrate angestrebt werden. Die Umsetzung von LA21-Projekten soll beschleunigt werden.

Die **Entscheidungsmodi** sollten realistisch, klar und nachvollziehbar gestaltet werden. In der Geschäftsordnung soll festgehalten werden wer, unter welchen Bedingungen und in welcher Form Fragen zur Abstimmung vorlegen kann. Darüber hinaus muss geklärt werden, ob bzw. unter welchen Bedingungen Entscheidungen im Konsens- oder Mehrheitsprinzip getroffen werden. In den Steuerungsgruppen soll stärker als bisher das Bewusstsein verankert werden, dass es um den Interessenausgleich zwischen (repräsentativer) Politik und Agendagruppen geht.

Handlungsbedarf besteht auch hinsichtlich der **Transparenz nach außen**. Die Entscheidungen und Abläufe müssen insgesamt transparenter werden. BürgerInnen sollen leicht nachvollziehen können, wo sich ein Projekt gerade „befindet“. Diskutiert werden muss auch, wie Transparenz hergestellt werden kann (Durch verantwortliche Personen in der Steuerungsgruppe? Durch das Einbeziehen von aktiven BürgerInnen in Augenschein- und Ortsverhandlungen?).

Akteure: Mitglieder der Steuerungsgruppen

3.3 Unterstützung der Kommunikationsinfrastruktur

Problem: Internetanschluss und E-Mailnutzung sind wichtige Voraussetzungen für die dauerhafte Beteiligung an Agendagruppen (strukturelle „digital divide“).

Ziel: Verbesserung der Beteiligungschancen für Personen ohne Internetanschluss.

Empfehlung: Maßnahmen in diesem Handlungsfeld könnten zum einen darauf abzielen, den Zugang zu elektronischen Medien zu unterstützen, zum andern könnten aber auch gezielt Kommunikationsformen, die nicht auf elektronische Medien angewiesen sind, unterstützt werden. Auf Grund der enormen Bedeutung elektronischer Medien nicht nur für Kommunikationszwecke sondern auch als Informationsmedium, sollte, wenn immer es möglich ist, der ersten Variante der Vorzug gegeben werden.

Akteure: BürgerInnen, Agendabüros, Bezirke, Stadtratbüro, Unternehmen aus den Bezirken

3.4. Entwicklung einer längerfristigen Perspektive und aufzeigen von „versteckten“ Leistungen

Probleme: Das LA 21 Modell sieht für die Startphase eines Lokalen Agenda 21 Prozesses einen zeitlichen Rahmen von 4 Jahren vor. Jene Bezirke, die evaluiert werden, gehen im Moment in die zweite Halbzeit ihres LA 21 Prozesses und die Befristung führt nun zu Verunsicherungen bei Agendabüros und aktiven BürgerInnen. Für die Büros wird es unter diesen Bedingungen schwieriger, neue Gruppen zu aktivieren, in den bestehenden Agendagruppen taucht die Frage auf, ob die jetzt entwickelten Projektideen überhaupt eine Umsetzungschance haben.

Die Erwartung, dass die zunehmende Erfahrung der Agendabüros zu Effizienzgewinnen führt, hat sich bisher nicht erfüllt. Es zeigt sich, dass LA21-Gruppen in der Regel keine Selbstläufer – die ohne Betreuung durch die Büros auskommen – sind. Zu dem laufen in älteren Agenda-Bezirken, wie dem 9. Bezirk, mehr Gruppen und deshalb besteht ein höherer Betreuungsaufwand. Darüberhinaus wird zunehmend mehr Zeit der Agendabüros für die Unterstützung der Umsetzungsaktivitäten von Agendagruppen eingesetzt. Bestimmte Leistungen des Lokalen Agenda 21 Prozesses sind auch zu wenig sichtbar, weil schwer dokumentier- und messbar. (These: Wenn beispielsweise Konflikte frühzeitig bearbeitet und aufgelöst werden, spart das viel Aufwand im Nachhinein.).

Ziele: Herstellen von Planungssicherheit für Träger, Agendabüros und Agendagruppen, Aufzeigen bislang „versteckter“ Leistungen

Empfehlung: Entwicklung einer Perspektive (strategisch, inhaltlich und finanziell) für die Zeit nach 2007, denn im Frühjahr 2007 laufen die Verträge der Agendabüros in jenen sechs Agendabezirken aus, die in den Jahren 2003 und 2004 mit ihren Prozessen begonnen haben. Wie bereits aus den Vorschlägen zur institutionellen Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen abzulesen ist, kann aufgrund der Evaluation eine Fortführung der LA21 in den untersuchten Bezirken empfohlen werden. Wird die Finanzierungsstruktur der LA21 verändert so sind auch die Rahmenbedingungen, die Zielsetzungen und die Leistungen entsprechend anzupassen. Die laufende Evaluierung soll sich verstärkt auf die Dokumentation bislang "versteckter" Leistungen der LA21 konzentrieren und damit einen Beitrag zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Modells leisten.

Akteure: Stadtratbüro, Bezirke (BezirksvertreterInnen), Geschäftsstelle des LA21 Vereins, Agendabüros

4 LITERATUR

- agendabüro margareten (2005) Jahresbericht 2004. Lokale Agenda 21 in Margareten. Wien
- agendabüro margareten (2004) Jahresbericht 2003. Lokale Agenda 21 in Margareten. Wien
- agenda wien sieben (2004) Jahresbericht 2003. Wien
- Astleithner, Florentina/Hamedinger, Alexander (2003) Urban Sustainability as a New Form of Governance: Obstacles and Potentials in the Case of Vienna. In: Innovation. The European Journal of Social Sciences, Vol. 16, Nr. 1, 51-75
- Bork, Herbert/Klinger, Stefan/Ruland, Gisa (2005) Lokale Agenda 21 für den 23. Wiener Gemeindebezirk. Jahresbericht 2004. Wien
- Bryman, Alan (2001) *Social Research Methods*. Oxford University Press.
- Büro der Lokalen Agenda 21 für den 15. Bezirk Jahresbericht 2003
- Büro der Lokalen Agenda 21 für den 15. Bezirk (2005) Jahresbericht 2004. Wien
- Diebäcker, Mark/Haslinger, Sabine (2004) Jahresbericht 2003. Fortführung der lokalen AGENDA am Alsergrund im Auftrag des Vereins LA 21 Wien. Wien
- Diebäcker, Mark/Haslinger, Sabine/Jaunig, Ursula/Gruber, Sabine (2005) Jahresbericht 2004. Fortführung der lokalen AGENDA am Alsergrund im Auftrag des Vereins LA 21 Wien. Wien
- Feichtinger, Judith/Pregernig, Michael (2005) Imagined citizens and participation: Local Agenda 21 in two communities in Sweden and Austria. will be published in June 2005 (10:3), *Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability*.
- Greenwood, Davydd J. & Levin, Morten (1998) *Introduction to Action Research. Social Research for Social Change*. Sage, London.
- Heiner, Maja (1996) *Evaluation*. Freiburg im Breisgau.
- Inama, Angelina/Stafler, Georg/Friedrich, Birgit/Tappeiner, Georg (2005) agenda wien sieben. Jahresbericht 2004. Wien
- Jackson, E. T./Kassam, Y. (Eds.) (1998) *Knowledge shared: Participatory evaluation in development cooperation*. West Hartford, CT: Kumarian Press
- Kozeluh, Ulrike/Ornetzeder, Michael (2004) Lokale Agenda 21 Prozesse in Österreich: Neue Formen partizipativer Demokratie? Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH (2004) Lokale Agenda 21 in Wien-Donaustadt. Leitbildentwurf Stand Februar 2004. Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH/Plannsinn GesmbH & CoKEG (2004) Lokale Agenda 21 in Wien-Donaustadt. Jahresbericht 2003. Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH/Plannsinn GesmbH & CoKEG (2005) Lokale Agenda 21 Wien-Donaustadt. Jahresbericht 2004. Wien
- Patton, Michael Q. (1990) *Qualitative evaluation and research methods*. 2nd ed, Newbury Park, CA: Sage Publishing.
- Pleschberger, Werner (2000) Lokale Agenda 21 zwischen Lebenswelt und Stadtpolitik, Überlegungen am Wiener Beispiel. *SWS-Rundschau* (40.Jg. – Heft 4/2000), S. 441-469
- Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (2003) *Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung*. Version 5,1, Verlag Bertelsmann Stiftung, Germany.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (2004) Leitfaden für Bezirksantrag und Bezirkskonzept zur Durchführung eines LA 21 Prozesses. Wien
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) (2004) *Nachlese 2004_Lokale Agenda 21 in Wien*. Wien